

# DAHAG Rechtsservices AG

Nürnberg

**Jahresabschluss zum Geschäftsjahr vom 01.01.2024 bis zum 31.12.2024**

## **Lagebericht**

### **1. Grundlagen des Unternehmens**

#### **1.1 Geschäftsmodell des Unternehmens**

Die DAHAG Rechtsservices AG (im Folgenden auch kurz „DAHAG“) mit Sitz in Nürnberg ist ein technischer Systemanbieter, der Partnerkanzleien und Ratsuchende zusammenbringt und Serviceleistungen für Anwälte, Rechtsschutzversicherer im Geschäftsbereich B2B und Endkunden im Geschäftsbereich B2C erbringt.

Die Gründer der DAHAG Rechtsservices AG konzipierten 2002 ein technisches System, über welches selbstständige Partnerkanzleien telefonische Rechtsberatung erbringen können. Heute, über 20 Jahre später, arbeiten über 120 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf 1.400 Quadratmetern zusammen. Neben der hochkomplexen Steuerungssoftware für die telefonische Rechtsberatung betreibt die DAHAG unter anderem auch Systeme für anwaltliche Rechtsberatung per E-Mail und Chat sowie spezielle Systeme, die den teilnehmenden Partnerkanzleien deren Fallverwaltung und Falldokumentation erleichtern. Damit hat sich die DAHAG zu einem der marktführenden Legal-Tech-Unternehmen Deutschlands entwickelt.

#### **1.2 Forschung und Entwicklung**

Die DAHAG betreibt Forschung und Entwicklung im Bereich eigener neuer IT-Systeme im Rechtsdienstleistungsbereich und entwickelt hierfür mittlerweile auch eigene, datenschutzkonforme KI-Lösungen.

## **2. Wirtschaftsbericht**

### **2.1 Gesamtwirtschaftliche branchenbezogene Rahmenbedingungen**

Während das globale Bruttoinlandsprodukt gemäß des Internationalen Währungsfonds um +3,2 % zulegen konnte, sank die deutsche Wirtschaftsleistung 2024 basierend auf den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes real um -0,2 % im Vergleich zum Vorjahr und befand sich somit in einer Rezession. Gedämpft wurde die wirtschaftliche Entwicklung durch die hohe, aber im Jahresverlauf rückläufige Inflation. Nach Angaben der Bundesregierung schwächten insbesondere erhöhte Preise für Nahrungsmittel und Energie die Kaufkraft der privaten Haushalte. Die gesamtwirtschaftliche Lage bleibt volatil und wird durch eine stagnierende Konjunktur, hohe Kosten und unveränderte geopolitische Unsicherheiten geprägt.

Als besonders relevant für den B2B-Geschäftsbereich der DAHAG ist die Entwicklung am deutschen Rechtsschutzmarkt. Gemäß dem Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. [GDV] wuchsen die gebuchten Brutto-Beiträge um +5,0 % auf 5.300,0 MEUR, während die Anzahl der Verträge um +0,5 % auf 27,3 Millionen Stück anstieg. Die Aufwände für Geschäftsjahresschäden inkl. Schadenregulierungskosten und Rückstellungen stiegen allerdings mit +7,5 % auf 3.800,00 MEUR stärker als die gebuchten Beiträge, so dass die Combined Ratio im Vergleich zum Vorjahr um +5,0 Prozentpunkte auf 98,0 % zulegte.

Für das Jahr 2025 geht der GDV von einem gedämpften Beitragswachstum von +4,0 % für den Markt aus, was auf die Verringerung der gesamtwirtschaftlichen Unsicherheit zurückgeführt wird. Weiterhin ist mit erhöhten Schadenaufwendungen für noch nicht mandatierte Schäden aufgrund der Anpassung des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes [RVG] zum 1. Juni 2025 zu rechnen. Diese könnte bei den Marktteilnehmern zu einem erhöhten Risiko führen, dass die vereinnahmten Prämien nicht ausreichend sind. Der volle Effekt der Anpassung wird sich allerdings erst 2026

zeigen, so dass hier noch Handlungsspielraum seitens der Versicherer in Sachen Beitragserhöhung besteht. Der GDV beziffert den Effekt der RVG-Anpassung auf die Kostenbasis der Rechtsschutzversicherer mit +7,0 %, was einem erhöhten Schadenaufwand von rund 250,0 MEUR pro Jahr für den Gesamtmarkt entsprechen würde.

## **2.2 Geschäftsverlauf und Lage**

### **2.2.1 Ertragslage**

Im Geschäftsjahr 2024 stiegen die Umsatzerlöse um +12,0 % zum Vorjahr.

Das Rohergebnis stieg um +13,1 % auf 13.867,0 TEUR.

Aufgrund weiterer Aufstockungen des Personalstamms sowie inflationsbedingter Gehaltsanpassungen stieg der Personalaufwand um +11,2 % auf 5.770,6 TEUR (Vorjahr: 5.191,0 TEUR).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sanken um -8,5 % auf 1.054,4 TEUR (V. 1.151,8 TEUR).

### **2.2.2 Vermögenslage**

Das Eigenkapital ist um +17,0 % gewachsen. Die Eigenkapitalquote steigt aufgrund des Abbaus von Verbindlichkeiten um +3,7 Prozentpunkte auf 73,7 %.

Die Bilanzsumme steigt um +11,2 % auf 7.870,5 TEUR.

Die wesentlichen Posten der Aktiva sind das Anlagevermögen mit 2.271,9 TEUR (+5,8 % im Vergleich zum Vorjahr), die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen mit 1.892,2 TEUR (+15,3 %) und die Guthaben bei Kreditinstituten mit 3.420,2 TEUR (+17,6 %).

Die sonstigen Rückstellungen stiegen um +14,5 % auf 514,8 TEUR. Die Steuerrückstellungen wurden aufgrund des höheren Jahresüberschusses 2024 und aufgrund von Rückstellungen für das Jahr 2023 im Vergleich zum Vorjahr höher angesetzt und stiegen daher um +237,1 % auf 620,5 TEUR.

### **2.2.3 Finanzlage**

Die liquiden Mittel belaufen sich auf 3.420,2 TEUR (V. 2.907,6 TEUR) und nehmen 43,5 % der Bilanzsumme ein (V. 41,1 %). Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt 4.774,1 TEUR (Vorjahr: 4.475,1 TEUR).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten reduzierten sich um -98,4 % auf 2,8 TEUR.

Die Gesellschaft war jederzeit in der Lage, ihre Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen. Die Finanzlage kann als stabil bezeichnet werden.

Während die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von 2,4 % auf 0,04 % der Bilanzsumme fielen, stiegen die sonstigen Verbindlichkeiten um +88,1 % auf 296,1 TEUR. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sanken auf 554,5 TEUR (V. 1.081,0 TEUR).

## **2.3 Finanzielle Leistungsindikatoren**

Unsere für die Steuerung des Unternehmens bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren sind die Umsätze sowie das Ergebnis vor Zinsen und Steuern.

Die Jahresumsatzerlöse lagen mit +12,0 % deutlich über dem Vorjahreswert. Der Hauptanteil stammt aus dem B2B-Geschäft. Hier stiegen die Erlöse um +13,2 %. Im Geschäftsbereich B2C ist ein negatives Wachstum von -44,3 % zu verzeichnen, was den initialen Erwartungen für das Geschäftsjahr allerdings entspricht und sich mit dem geplant wachsenden Schwerpunkt auf den B2B- und mit der Einstellung eines Produktes im B2C-Bereich begründet.

Der Jahresüberschuss stieg um +21,8 % auf 4.697,3 TEUR.

## **2.4 Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren**

Die nichtfinanziellen Leistungsindikatoren sind insbesondere die über die Systeme der DAHAG durchgeföhrten Fälle in der jeweiligen Produktkategorie. So konnten im Jahr 2024 u.a. 698.431 Fälle in der B2C- und B2B-Telefonberatung abgeschlossen werden. Die technische und organisatorische Vermittlung von anwaltlicher Telefonberatung ist der zentrale Service der DAHAG.

## **2.5 Gesamtaussage**

Im Jahr 2024 konnte die DAHAG trotz widriger Umstände einen Umsatzanstieg deutlich oberhalb der Erwartungen realisieren. Trotz der anhaltenden Inflation und entsprechender, notwendiger Anpassungen u.a. bei den Lohnkosten und den Partnerkanzlei-Honoraren lag das Ergebnis vor Steuern und Zinsen oberhalb des Vorjahres und den Erwartungen. Dass das Ergebnis stärker als erwartet ausfiel, ist neben inflationsbedingten Preisankäufen auch darauf zurückzuführen, dass sich die Nachfrage nach Servicebereichen abseits der B2B-Telefonberatung aufgrund der Auflösung von Kapazitätsengpässen in eben jener deutlich stärker organisch entwickeln konnte.

### **3. Zweigniederlassungsbericht**

Die DAHAG besitzt keine Zweigniederlassung.

### **4. Eigene Aktien**

Auf die Ausführungen im Anhang zu den eigenen Aktien wird verwiesen.

### **5. Prognosebericht**

Für das Geschäftsjahr 2025 erwartet die DAHAG eine sinkende Nachfrage für den zentralen Service der technischen und organisatorischen Vermittlung von anwaltlicher Telefonberatung. Für andere Servicebereiche wird mit einer steigenden Nachfrage gerechnet, die sich aber weniger dynamisch als im Vorjahr entwickelt. Daher ist mit einem leicht rückläufigen Umsatz im niedrigen einstelligen Prozentbereich zu rechnen. Es wird weiterhin ein Anstieg der Kostenbasis im niedrigen einstelligen Prozentbereich prognostiziert, der sowohl auf den weiteren Ausbau von Personalressourcen insbesondere im Bereich der IT als auch auf die vollständige Anrechnung von im Jahr 2024 unterjährig durchgeführten Anpassungen hinsichtlich des Partnerkanzlei-Honorars zurückzuführen ist. Daher ist davon auszugehen, dass das Ergebnis vor Steuern und Zinsen im Jahr 2025 im negativ hohen einstelligen Prozentbereich unter dem Vorjahresniveau liegen wird.

### **6. Chancen- und Risikobericht**

#### **6.1 Risikobericht**

Der Bereich der Rechtsdienstleistungen, des anwaltlichen Berufsrechts und des Versicherungsrechts/BaFin ist stark reguliert. Veränderungen in diesen Segmenten können erhebliche Auswirkungen auf das Geschäftsmodell der DAHAG haben. Trotz der Bestätigung seitens des Europäischen Gerichtshofs bezüglich der Wirksamkeit des Fremdbesitzverbots Ende 2024, betreiben die Rechtsschutzversicherungen über ihren Branchenverband weiterhin Lobbyarbeit, um den Gesetzgeber davon zu überzeugen, dass RSV in begrenztem Umfang auch selbst Rechtsdienstleistungen erbringen dürfen. Auch der Legal-Tech-Verband hat im Januar 2025 ein neues Rechtsgutachten vorgelegt, das sich für eine vorsichtige Öffnung des Fremdbesitzes ausspricht. Im Koalitionsvertrag von Schwarz-Rot finden sich allerdings keine Planungen zu einer Liberalisierung. Wir sehen das Risikoszenario derzeit als sehr gering an.

Seit 2018 ist die Akquise neuer selbstständiger Partnerkanzleien zur Teilnahme deutlich erschwert, bedingt durch stagnierende Zulassungszahlen und eine hohe Auslastung der Anwaltschaft. Dies beeinträchtigt das Wachstum in einigen Servicebereichen. Zwar wird die Akquise neuer Partnerkanzleien weiter fortgeführt, doch wird der Fokus künftig vielmehr darauf liegen, bestehende Ressourcen besser zu nutzen. Eine wichtige Stellschraube hierbei ist die Anwendung von generativer künstlicher Intelligenz.

Perspektivisch könnten „KI-Player“ relevante oder gar bedrohliche Wettbewerber der DAHAG werden. Auch die DAHAG hat das Potential, zu einem relevanten KI-Player zu werden und andere herkömmliche Marktteilnehmer zu verdrängen. Völlig offen ist aktuell die Frage, wie KI-Systeme für Verbraucher aus Sicht des Rechtsdienstleistungsgesetzes einzuordnen sind. Nach unserer Ansicht verstößen die aktuellen KI-Systeme bzw. Microsoft oder OpenAI bereits heute fortlaufend gegen das RDG. Daher ist es denkbar, dass in Deutschland Rechtsberatung durch KI gegenüber Verbrauchern unterbunden wird.

Im Augenblick erscheint die Lage bezüglich des Wettbewerbs außerhalb der technischen und juristischen Entwicklungen als überwiegend wenig bedrohlich. Auch alle bestehenden, traditionellen Wettbewerber (= Telefonkanzleien) haben mit dem strukturellen Anwaltsmangel zu kämpfen und sind daher kaum in der Lage, eine größere Anwaltsmannschaft aufzubauen, um der DAHAG Marktanteile abzunehmen. Falls ein massiver Zubau an Anwaltsressourcen doch über

hohe Gehälter oder Vergütungen gelingen sollte, könnten die Wettbewerber damit jedoch keine marktfähigen Preise anbieten.

## **6.2 Chancenbericht**

Es ist zu erwarten, dass der verstärkte Einsatz von generativer Künstlicher Intelligenz mittel- bis langfristig die anwaltliche Arbeit erleichtern und zu einer allgemeinen Produktivitätssteigerung der Anwaltschaft führen wird. Die DAHAG befindet sich jedoch in einer guten Ausgangsposition, selbst leistungsfähige juristische KI-Systeme anzubieten. Ob das finanzielle Geschäftsmodell solcher KI-Systeme jedoch ebenso tragfähig sein wird wie das bisherige, lässt sich derzeit noch nicht abschätzen. Darauf hinaus könnten stärker oder ausschließlich auf KI-Produkte fokussierte Drittanbieter zu relevanten oder gar bedrohlichen Wettbewerbern der DAHAG werden.

Erste KI-basierte Systeme sind bereits seit 2023 bei der DAHAG erfolgreich im Praxiseinsatz. 2024 wurde der Einsatz in den bestehenden Systemen erweitert und neue KI-basierte Systeme wurden in Pilotprojekten erprobt. Im Jahr 2025 werden diese Pilotprojekte teilweise skaliert und somit in den Produktivbetrieb übernommen werden. Alle KI-basierten Systeme der DAHAG werden unter der seit Ende 2024 geschützten Wortmarke JUSTUS geführt, welche im Laufe 2025 um eine Bildmarke ergänzt werden wird.

Dank der kontinuierlichen Entwicklung der JUSTUS-Systeme ist die DAHAG nunmehr in der Lage, sie sinnvoll in eine digitale Steuerungskette zu integrieren und zu einem breit vermarktbaren Rechtsschutz-Service insbesondere im Bereich der Telefonberatung zu verknüpfen. Dies eröffnet der DAHAG die Möglichkeit, das Geschäftsvolumen weiter zu steigern und neue Umsatzpotenziale zu heben. Zudem kann die digitale Steuerungskette bzw. die Automatisierung verschiedener administrativer Prozessschritte die Partnerkanzleien sowie die Mitarbeiter der DAHAG und der Rechtsschutzversicherungen entlasten, wodurch eine bessere Nutzung der Zeitressourcen aller Parteien ermöglicht wird.

## **6.3 Gesamtaussage**

Generell zeigt die Erfahrung der letzten 20 Jahre: Krisenzeiten, die die normale Wirtschaft und auch die Versicherungswirtschaft belasten, sind für die DAHAG wirtschaftlich eher gute Zeiten. Denn wenn viele Menschen – auch juristische – Unsicherheit verspüren, wächst die Nachfrage nach einfach und schnell zugänglicher Rechtsberatung, sei es telefonisch oder zunehmend digital. Der strukturell hohe Kostendruck auf die Rechtsschutzversicherer verstärkt deren Aktivitäten der aktiven Schadensteuerung in genau die Bereiche, die die DAHAG anbietet.

Eine Herausforderung für alle Marktteilnehmer wird in den nächsten Jahren der sich verschärfende Mangel an Juristen und Rechtsanwälten darstellen. Diesem ist mit attraktiven Bedingungen bei der Mandatsbearbeitung, hochentwickelten IT-Systemen zur effektiven Fallbearbeitung und marktgerechten Honoraren zu begegnen, welche allerdings wiederum höhere Preise oder Rechtsschutz-Beiträge nach sich ziehen.

In der strategischen Gesamtschau sehen wir die DAHAG durch ihre starke Diversifizierung bei den B2B-Auftraggebern, ihren wettbewerbsfähigen B2B- und B2C-Serviceleistungen, der oft langjährigen und partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit einer großen Anzahl selbstständiger Kanzleien, ihrer erheblichen Erfahrung und eigenen Ressourcen für spezialisierte IT-Systeme sowie einer soliden Finanzlage für die kommenden Herausforderungen gut aufgestellt. Dies gilt auch für den sich dynamisch entwickelnden Bereich von KI-Anwendungen.

Nürnberg, 5.6.2025  
DAHAG Rechtsservices AG  
gez. Johannes Goth  
gez. Christian Ulshöfer  
gez. Jonas Zimmermann

## **Bilanz**

	<b>Aktiva</b>	
	<b>31.12.2024</b>	<b>31.12.2023</b>
	<b>EUR</b>	<b>EUR</b>
<b>A. Anlagevermögen</b>	2.271.904,17	2.147.295,57
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	41.177,13	52.972,13
II. Sachanlagen	2.230.727,04	2.094.323,44
<b>B. Umlaufvermögen</b>	5.551.330,00	4.907.340,93
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.131.156,76	1.999.755,44
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	3.420.173,24	2.907.585,49
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	47.309,94	24.734,42
<b>Summe Aktiva</b>	<b>7.870.544,11</b>	<b>7.079.370,92</b>
	<b>Passiva</b>	
	<b>31.12.2024</b>	<b>31.12.2023</b>
	<b>EUR</b>	<b>EUR</b>
<b>A. Eigenkapital</b>	5.799.574,83	4.958.361,19
I. ausgegebenes Kapital	68.250,00	68.250,00
1. Gezeichnetes Kapital	75.000,00	75.000,00
2. eigene Anteile	-6.750,00	-6.750,00
II. Kapitalrücklage	106.840,00	106.840,00
III. Gewinnrücklagen	926.758,62	926.758,62
IV. Bilanzgewinn	4.697.726,21	3.856.512,57
<b>B. Rückstellungen</b>	1.135.237,81	633.546,78
<b>C. Verbindlichkeiten</b>	934.493,16	1.481.127,14
<b>D. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	1.238,31	6.335,81
<b>Summe Passiva</b>	<b>7.870.544,11</b>	<b>7.079.370,92</b>

## Gewinn- und Verlustrechnung

	<b>1.1.2024 -</b>	<b>1.1.2023 -</b>
	<b>31.12.2024</b>	<b>31.12.2023</b>
	<b>EUR</b>	<b>EUR</b>
<b>1. Rohergebnis</b>	13.867.013,46	12.265.072,03
<b>2. Personalaufwand</b>	5.770.583,54	5.190.985,47
a) Löhne und Gehälter	4.812.647,54	4.378.721,18
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	957.936,00	812.264,29
davon für Altersversorgung	777,70	985,30
<b>3. Abschreibungen</b>	171.683,35	248.038,30
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	171.683,35	248.038,30
<b>4. sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	1.054.407,38	1.151.835,01
davon Aufwendungen aus der Währungsumrechnung	88,67	
<b>5. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge</b>	60.455,08	31.199,02

6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	389,68	9.977,31
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2.228.589,82	1.834.852,29
8. Ergebnis nach Steuern	4.701.814,77	3.860.582,67
9. sonstige Steuern	4.476,13	4.476,12
10. Jahresüberschuss	4.697.338,64	3.856.106,55
11. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	3.856.512,57	3.450.443,52
12. Ausschüttung	3.856.125,00	3.450.037,50
13. Bilanzgewinn	4.697.726,21	3.856.512,57

## **Anhang**

### **Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss**

Die DAHAG Rechtsservices AG hat ihren Sitz in Nürnberg. Sie ist im Handelsregister am Amtsgericht Nürnberg unter B 24658 eingetragen.

Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

### **Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**

Der Jahresabschluss der DAHAG Rechtsservices AG wurde auf der Grundlage der Rechnungsvorschriften des Handelsgesetzbuches und des Aktiengesetzes in Euro aufgestellt.

Nach den in § 267 HGB angegebenen Größenklassen ist die Gesellschaft eine mittelgroße Kapitalgesellschaft.

### **Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze**

Erworbenen immaterielle Anlagewerte wurden zu Anschaffungskosten angesetzt und, sofern sie der Abnutzung unterlagen, um planmäßige Abschreibungen vermindert.

Das Sachanlagevermögen wurde zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt und, soweit abnutzbar, um planmäßige Abschreibungen vermindert.

Die planmäßigen Abschreibungen wurden nach der voraussichtlichen Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände linear vorgenommen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände wurden zum Nennbetrag angesetzt und unter Berücksichtigung aller erkennbaren Risiken bewertet.

Die flüssigen Mittel wurden mit dem Nennbetrag angesetzt.

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind zum Nennbetrag ausgewiesen.

Die Rückstellungen wurden nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung bemessen und mit dem Erfüllungsbetrag unter Berücksichtigung erwarteter Preis- und Kostensteigerungen bewertet.

Die Steuerrückstellungen beinhalten die das Geschäftsjahr betreffenden, noch nicht veranlagten

Steuern.

Die sonstigen Rückstellungen wurden für alle weiteren ungewissen Verbindlichkeiten gebildet. Dabei wurden alle erkennbaren Risiken berücksichtigt.

Verbindlichkeiten wurden zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten wurden mit dem Nennbetrag angesetzt, der Erträge des folgenden Geschäftsjahres betrifft.

### **Gegenüber dem Vorjahr abweichende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**

Beim Jahresabschluss konnten die bisher angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Wesentlichen übernommen werden.

Ein grundlegender Wechsel von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden gegenüber dem Vorjahr fand nicht statt.

### **Angaben zur Bilanz**

#### **Brutto-Anlagenpiegel**

Die Aufgliederung und Entwicklung der Anlagenwerte ist aus dem Anlagenpiegel zu entnehmen.

Anschaffungs-, Herstellungs- kosten 01.01.2024 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Umbuchungen EUR	Anschaffungs-, Herstellungs- kosten 31.12.2024 EUR
--	----------------	----------------	--------------------	--

#### **Anlagevermögen**

##### **I. Immaterielle Vermögensgegenstände**

entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	482.472,33	16.425,00	0,00	0,00	498.897,33
--	------------	-----------	------	------	------------

Summe Immaterielle Vermögensgegenstände	482.472,33	16.425,00	0,00	0,00	498.897,33
---	------------	-----------	------	------	------------

## II. Sachanlagen

1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	2.115.184,13	46.928,61	0,00	0,00	2.162.112,74
2. technische Anlagen und Maschinen	448.060,85	147.918,68	16.369,45	0,00	579.610,08
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	213.301,03	75.196,16	38.490,03	9.945,90	259.953,06
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	9.945,90	13.401,50	0,00	-9.945,90	13.401,50
Summe Sachanlagen	2.786.491,91	283.444,95	54.859,48	0,00	3.015.077,38
Summe Anlagevermögen	3.268.964,24	299.869,95	54.859,48	0,00	3.513.974,71

	kumulierte Abschreibung 01.01.2024 EUR	Abschreibung Geschäftsjahr EUR	Abgänge EUR	Umbuchungen EUR	kumulierte Abschreibung 31.12.2024 EUR
Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	429.500,20	28.220,00	0,00	0,00	457.720,20
Summe Immaterielle Vermögensgegenstände	429.500,20	28.220,00	0,00	0,00	457.720,20
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte	232.696,59	30.255,61	0,00	0,00	262.952,20

1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte	232.696,59	30.255,61	0,00	0,00	262.952,20
--	------------	-----------	------	------	------------

und Bauten einschließlich  
der Bauten auf fremden  
Grundstücken

2. technische Anlagen und Maschinen	327.512,85	60.662,68	14.235,45	0,00	373.940,08
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	131.959,03	52.545,06	37.046,03	0,00	147.458,06
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Sachanlagen	692.168,47	143.463,35	51.281,48	0,00	784.350,34
Summe Anlagevermögen	1.121.668,67	171.683,35	51.281,48	0,00	1.242.070,54

Zuschreibung Geschäftsjahr EUR	Buchwert Geschäftsjahr 31.12.2024 EUR	Buchwert Vorjahr 31.12.2023 EUR
--------------------------------------	--	--

Anlagevermögen

I. Immaterielle Vermögensgegenstände

entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	0,00	41.177,13	52.972,13
Summe Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	41.177,13	52.972,13

II. Sachanlagen

1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	0,00	1.899.160,54	1.882.487,54
2. technische Anlagen und Maschinen	0,00	205.670,00	120.548,00
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	0,00	112.495,00	81.342,00
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	13.401,50	9.945,90
Summe Sachanlagen	0,00	2.230.727,04	2.094.323,44
Summe Anlagevermögen	0,00	2.271.904,17	2.147.295,57

## **Geschäftsjahresabschreibung**

Die Geschäftsjahresabschreibung je Posten der Bilanz ist aus dem Anlagenspiegel zu entnehmen.

Die Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter wird als Zugang und Abgang ausgewiesen. Die Geschäftsjahresabschreibung enthält damit diese Beträge nicht.

Der Betrag der in den kumulierten Abschreibungsbeträgen nicht enthaltenen Sofortabschreibungen beläuft sich auf: EUR 33.396,93.

## **Eigenkapital**

Das Grundkapital von EUR 75.000,00 ist eingeteilt in 75.000 Stückaktien von je EUR 1,00.

Es handelt sich um vinkulierte Namensaktien.

Die Gesellschaft hält 6.750 Stückaktien zu je EUR 1,00 selbst. Der auf sie entfallende Betrag des Grundkapitals beträgt EUR 6.750,00 und nimmt einen Anteil am Grundkapital von 9 % ein. Der Erwerb der eigenen Anteile erfolgte mit Kaufvertrag vom 23. August 2018 entsprechend § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG.

Die Kapitalrücklage enthält mit EUR 96.840,00 einen Betrag nach § 272 Abs. 2 Nr. 1 HGB.

## **Angaben und Erläuterungen zu Rückstellungen**

Im Posten sonstige Rückstellungen sind die nachfolgenden nicht unerheblichen Rückstellungarten enthalten. Tantieme Vorstand EUR 122.168,28, Gewinnbeteiligung Mitarbeiter EUR 282.000,00, Vergütung Aufsichtsrat EUR 20.000,00, Resturlaubsansprüche Arbeitnehmer EUR 49.100,00 und Rückstellung für die Prüfung und Erstellung des Jahresabschlusses EUR 41.500,00.

## **Betrag der Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit > 5 Jahre und der Sicherungsrechte**

Der Gesamtbetrag der bilanzierten Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren beträgt EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 0,00).

Der Gesamtbetrag der bilanzierten Verbindlichkeiten, die durch Pfandrechte oder ähnliche Rechte gesichert sind, beträgt 0,00 EUR.

## **Angabe zu Restlaufzeitvermerken**

Der Betrag der Forderungen mit einer Restlaufzeit größer einem Jahr beträgt 83.684,99 EUR (Vorjahr: 132.503,91 EUR).

Der Betrag der Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr beträgt EUR 934.493,16. (Vorjahr: EUR 1.477.353,69).

## **Steuern vom Einkommen und vom Ertrag**

Die Steuern betreffen ausschließlich das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

Aktive latente Steuern wurden nicht ausgewiesen da diese von untergeordneter Bedeutung waren. Hier wurde von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht.

## **Durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahrs beschäftigten Arbeitnehmer**

Die Anzahl der durchschnittlich im Unternehmen beschäftigten Mitarbeiter betrug 121 (Vorjahr 111).

## **Namen der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats**

Während des abgelaufenen Geschäftsjahrs gehörten die folgenden Personen dem Vorstand an:

Herr Johannes Goth	ausgeübter Beruf:	Vorstand
Herr Christian Ulshöfer	ausgeübter Beruf:	Vorstand
Herr Jonas Zimmermann	ausgeübter Beruf:	Vorstand

Dem Aufsichtsrat gehörten folgende Personen an:

Herr Arne Hostrup	ausgeübter Beruf:	Unternehmer
Herr Fynn Monshausen	ausgeübter Beruf:	Geschäftsführer
Herr Reinhold Gleichmann	ausgeübter Beruf:	Rechtsanwalt

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates war im Geschäftsjahr Herr Arne Hostrup.

Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats war im Geschäftsjahr Herr Fynn Monshausen.

## **Vergütungen der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats**

Die Gesamtbezüge des Vorstands beliefen sich auf 701.667,33 EUR.

Die Aufsichtsratstätigkeiten wurden mit 20.000,00 EUR vergütet.

## **Gewährte Vorschüsse und Kredite an den Vorstand:**

Gegenüber dem Vorstand Herrn Jonas Zimmermann bestand eine Darlehensforderung in Höhe von EUR 78.774,79. Das Darlehen wird mit jährlich 13.000,00 getilgt und mit 1,5% p.a. verzinst.

## **Vorschlag zur Ergebnisverwendung**

Der Jahresüberschuss beträgt 4.697.338,64 EUR.

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen der Hauptversammlung am 23.06.2025 vor, den Bilanzgewinn in Höhe von EUR 4.697.726,21 für die Ausschüttung einer Dividende von EUR 68,83 je dividendenberechtigter Stückaktie zu verwenden.

## **Bericht des Aufsichtsrats**

### **Bericht des Aufsichtsrats der DAHAG Rechtsservices AG für das Geschäftsjahr 2024**

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2024 die ihm durch Gesetz und Satzung übertragenen Aufgaben wahrgenommen und sich sowohl in Sitzungen als auch in Einzelbesprechungen /-telefonaten durch den Vorstand über die Lage der Gesellschaft unterrichten lassen und die erforderlichen Beschlüsse gefasst. Ferner hat der Vorstand dem Aufsichtsrat aus sonstigen wichtigen Anlässen berichtet. Darüber hinaus fanden Einzelgespräche von Aufsichtsratsmitgliedern mit dem Vorstand oder einzelnen Vorstandsmitgliedern statt. Gegenstände der regelmäßigen mündlichen und schriftlichen Berichterstattungen des Vorstandes waren neben der Gesamtlage des Unternehmens auch Einzelfragen von größerer Bedeutung. Die wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens sowie die Vermögens-, Liquiditäts- und Ertragslage waren ständige Schwerpunkte der Überwachung und von Beratungen. Sonderberichte des Vorstandes nach § 90 Abs. 3 AktG zu wichtigen Geschäftsaktivitäten wurden vom Aufsichtsrat nicht erbeten.

Im Geschäftsjahr 2024 fanden drei Aufsichtsratssitzungen statt: Am 25.06.2024 (Online-Meeting), am 28.06.2024 (Präsenzmeeting) sowie am 13.12.2024 (Präsenzmeeting). Die im Jahr 2024 bestellten Aufsichtsratsmitglieder Hostrup, Mohnhausen und Gleichmann haben an allen drei Sitzungen teilgenommen.

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2024 keine Ausschüsse gebildet. Alle Themen wurden im Plenum des Aufsichtsrats beraten und entschieden. Schwerpunkt der Tätigkeit des Aufsichtsrats war die Überwachung der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung der Gesellschaft.

Der gemäß den deutschen Rechnungslegungsvorschriften von der Goldenstein und Fella GmbH erstellte Jahresabschluss und Lagebericht der DAHAG Rechtsservices AG für die Zeit vom 01.01.2024 bis zum 31.12.2024 wurde von der SMDM Steinacker Müller Dehner Meichelbeck Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Erlangen, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Für das Geschäftsjahr 2024 sind dem Aufsichtsrat gemäß § 170 AktG der mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk vom 17.06.2025 versehene Jahresabschluss zum 31.12.2024 sowie der Lagebericht vorgelegt worden. Der Jahresabschluss und der Lagebericht sowie der entsprechende Prüfungsbericht des Abschlussprüfers haben allen Mitgliedern des Aufsichtsrates somit rechtzeitig vorgelegen. Diese Unterlagen wurden vom Aufsichtsrat ausgiebig geprüft und in seiner Bilanzsitzung am 20.06.2025 erörtert. Der Abschlussprüfer hat an dieser Online-Sitzung des Aufsichtsrates teilgenommen, seinen Prüfungsbericht erläutert und Fragen der Mitglieder des Aufsichtsrates beantwortet. Den Prüfungsbericht des Abschlussprüfers hat der Aufsichtsrat zustimmend zur Kenntnis genommen. Im Rahmen seiner Aufsichtsratssitzung vom heutigen Tage wurde der Jahresabschluss durch den Vorstand erläutert und Fragen der Mitglieder des Aufsichtsrates beantwortet.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss für die DAHAG Rechtsservices AG geprüft und beraten. Er hat dabei folgende Feststellungen in der heutigen Präsenzsitzung getroffen:

(1) Eigenkapital und Jahresüberschuss

Im Jahresabschluss wird neben einem ausgegebenen Kapital von Euro 68.250,00, einer Kapitalrücklage von Euro 106.840,00 und anderen Gewinnrücklagen von Euro 926.758,62 (beides unverändert ggü. dem Vorjahr) ein Bilanzgewinn von Euro 4.697.726,21 ausgewiesen. Das Eigenkapital ist um 17% auf Euro 5.799.574,83 gewachsen. Die Eigenkapitalquote steigt, i.W. aufgrund des gestiegenen Jahresüberschuss und dem Abbau von Verbindlichkeiten

gegenüber Kreditinstituten, um 3,4 Prozentpunkte auf 73,4 %.

## (2) Wirtschaftliche und finanzielle Lage der Gesellschaft

Die Gesamtentwicklung des Unternehmens stellt sich weiterhin sehr positiv dar. Sowohl die Umsatzerlöse (+12%) als auch das Ergebnis (+840 TEUR / +21,8%) konnten erneut ggü. dem Vorjahr gesteigert werden. Die Eigenkapitalrendite hat sich gegenüber dem Vorjahr um 3,2 Prozentpunkte auf 81% verbessert. Die Umsatzerlöse betrugen Euro 19.420.723,92 und konnten ggü. dem Vorjahr um 2.087 TEUR gesteigert werden. Die Steigerung ist sowohl auf durchgeführte Preiserhöhungen als auch auf organisches Wachstum im Bereich der B2B-Produktkategorien zurückzuführen.

Die Umsatzrentabilität nach Steuern hat sich mit 24,2% gegenüber dem Vergleichsjahr 2023 (22,2%) um 1,9 Prozentpunkte verbessert. Höhere Aufwände im Bereich der Personalkosten und der Vergütungen für die Kooperationsanwälte (Aufwendungen LuL) konnten somit im Rahmen von Preiserhöhungen an die Kunden weitergegeben oder durch Rückgänge auf anderen Kostenpositionen ausgeglichen werden.

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 11,2% auf 7.871 TEUR erhöht. Das Anlagevermögen ist durch Investitionen in Sachanlagen um 124 TEUR auf 2.272 TEUR gestiegen. Das Umlaufvermögen konnte um 644 TEUR gesteigert werden, hier i.W. durch eine Erhöhung der liquiden Mittel um 512 TEUR. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden durch plangemäße Tilgungen um 169 TEUR auf nunmehr 2 TEUR reduziert. Die DAHAG Rechtsservices AG hat somit keine nennenswerten Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten mehr.

Angesichts zum 31.12.2024 zur Verfügung stehender liquider Mittel von 3.420.173,24 EUR, des soliden Bilanzbildes und auch in 2025 gemessen an Umsatz, Liquidität und Ergebnis fortgesetzten stabilen Entwicklung bestehen seitens des Aufsichtsrates keine Bedenken gegen eine substanzielle Ergebnisauskehrung an die Aktionäre.

Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung erhebt der Aufsichtsrat keine Einwendungen. Er hat den vorliegenden Jahresabschluss der DAHAG Rechtsservices AG zum 31.12.2024 durch Beschlussfassung am heutigen Tage gebilligt, der somit gem. § 172 AktG festgestellt ist.

Der Aufsichtsrat schließt sich dem nachfolgenden Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstandes an:

Der Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2024 in Höhe von 4.697.726,21 EUR wird für die Ausschüttung einer Dividende von 68,83 EUR je dividendenberechtigter Stückaktie (68.250 Stück), insgesamt also in Höhe von 4.697.647,80 EUR verwendet. Der sich ergebende rundungsbedingte Restbetrag wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Der Aufsichtsrat spricht den Vorstandsmitgliedern Johannes Goth, Christian Ulshöfer und Jonas Zimmermann für ihren Einsatz und ihre Leistungen im Geschäftsjahr 2024 Dank und Anerkennung aus. Der Dank gilt insbesondere auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre geleistete Arbeit im abgelaufenen Geschäftsjahr.

Dieser schriftliche Beschluss dient gleichzeitig als Beschlussprotokoll.

Nürnberg, den 23. Juni 2025

gez. Arne-G. Hostrup, Vorsitzender des Aufsichtsrats

gez. Fynn Monshausen, stellv. Vorsitzender Aufsichtsrat

gez. Reinhold Gleichmann, Aufsichtsrat

## sonstige Berichtsbestandteile

## **Unterschriften der Geschäftsführung**

Nürnberg, 11. Juni 2025  
DAHAG Rechtsservices AG  
Der Vorstand  
gez. Johannes Goth  
gez. Christian Ulshöfer  
gez. Jonas Zimmermann

### Angaben zur Feststellung:

Der Jahresabschluss wurde am 23.06.2025 festgestellt.

## **Bestätigungsvermerk**

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2024 der DAHAG Rechtsservices AG wird wegen der Inanspruchnahme von Erleichterungen nur teilweise offengelegt.

Der nachfolgend aufgeführte Bestätigungsvermerk bezieht sich auf den vollständigen Jahresabschluss und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024 der DAHAG Rechtsservices AG.

## **BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS**

An die DAHAG Rechtsservices AG

### *Prüfungsurteile*

Wir haben den Jahresabschluss der DAHAG Rechtsservices AG – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der DAHAG Rechtsservices AG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2024 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

## *Grundlage für die Prüfungsurteile*

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

## *Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht*

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

## *Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts*

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit

den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmensaktivität sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmensaktivität aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmensaktivität nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten

zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Erlangen, 17. Juni 2025

SMDM Steinacker Müller Dehner Meichelbeck  
Treuhand GmbH  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez. Klaus Dehner gez. Benedikt Ponnath  
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer